

Antrag

der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Marc Bernhard, Roger Beckamp, Carolin Bachmann, René Bochmann, Martin Reichardt, Thomas Dietz, Dietmar Friedhoff, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Vom dänischen Umgang mit Parallelgesellschaften lernen – Strategische Wende in der Stadt- und Wohnungsbaupolitik einleiten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die amtierende „Ampelkoalition“ nimmt auch angesichts der weiterhin ungebremsten illegalen Migration an, dass Deutschland ein „Einwanderungsland“¹ sei und geht ferner davon aus, dass wirtschaftliche und demographische Gründe einen unkontrollierten Zuzug Fremder erzwingen. Gleichwohl stiegen zwischen 2014 und 2022 die Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen annähernd auf das Dreifache und sind nun mit rund 6,5 Milliarden Euro² beziffert. Der grundlegende Unterschied zwischen unregelter, massenhafter Einwanderung in das deutsche Sozialsystem und selektiver, vorgeplanter Arbeitsmigration tatsächlich Erwerbswilliger wird seitens der Bundesregierung offenbar nicht erkannt.

Ganz anders handelt die dänische Regierung, die aktiv daran arbeitet, auch stadtplanerisch eine geordnete räumliche Verteilung von Zuwanderern zu gewährleisten und Migranten auf dänische Lebensverhältnisse zu verpflichten. In den frühen 1990er Jahren gab es bei unserem nördlichen Nachbarn diesbezüglich die ersten Überlegungen, die sich in drei Stufen³ 2004 „Anti-Ghetto-Strategie“, 2010 „Ghettos wieder in die

¹ BMWSB: Migration, Integration und Teilhabe in integrierten Konzepten der Stadtentwicklung. Ein Leitfadens für die kommunale Praxis; www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/publikationen/wohnen/leitfaden-migration.pdf?jsessionid=7D379E758A823C67BD42F364EC4D38E6.1_cid35-0?__blob=publicationFile&v=5; Zugriff am 16. September 2023.

² Statista: Statistik-Report zu Flüchtlingen und Asyl; 121.097 Asyl-Erstanträge im selben Zeitraum in Deutschland; <https://de.statista.com/statistik/studie/id/7048/dokument/asyl-statista-dossier>; Zugriff am 16. September 2023.

³ Dänische Regierung – Ministerium für Soziales, Wohnen und Senioren: Antwort an den zuständigen UN-Sonderberichterstatter, Danish initiative to counteract parallel societies generally and the action taken in relation to the social housing estate in Mjølnerparken specifically; 2021; S. 1.

Gesellschaft integrieren“ und 2018 „Ein Land ohne Parallelgesellschaft. Keine Ghettos bis 2030“⁴ entfalteten.

Die Regierungsvereinbarung „Wohnungsbauinitiativen zur Bekämpfung von Parallelgesellschaften“⁵ aus 2018 brachte entsprechende Aktivitäten auf den Weg. Auch nach den vorgezogenen Neuwahlen zum Folketing Ende 2022 ließ eine Koalition⁶ aus Sozialdemokraten und zwei liberalen Parteien der langjährigen Strategie die operative Umsetzung folgen und bekräftigte, dass Dänemark ein Null-Asyl-Land⁷ werden solle. Die Zahlen sprechen für sich, denn zwischen Januar und Juni 2023 musste Dänemark lediglich 1.220⁸ Asylbewerber-Erstanträge bearbeiten, während in Deutschland im gleichen Zeitraum rund das Hundertfache⁹ zu bewältigen war. Auch die Nettozuwanderungsrate¹⁰ dokumentiert 2020 lediglich 3.408 Neuankömmlinge und damit eine kontinuierliche Absenkung seit 2015, als 33.867 Einwanderer gezählt wurden.

Die dänische Strategie vermochte es, die Bevölkerungszusammensetzung in Stadt und Land als bedeutsamen Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft anzuerkennen. Der Anstieg ursprünglich nichteuropäischer Bevölkerung¹¹ von 1 auf rund 9 Prozent seit 1980 sei teilweise problematisch, hieß es dort. Ein fehlender Wille der Migranten, sich zu integrieren, ausbleibende Forderungen nach Arbeitstätigkeit und Selbstversorgung der Zuwanderer seitens der dänischen Mehrheitsgesellschaft und eine verfehlte Politik des Familiennachzuges wurden als Ursachen der Parallelgesellschaften adressiert: „Viel zu viele Einwanderer und Nachkommen sind nicht mit der umliegenden Gesellschaft verbunden. Ohne Bildung. Ohne Job. Ohne genug Dänisch zu sprechen.“¹² Die Zusammenballung außereuropäischer Migranten führe unter anderem zu „Unsicherheit in gefährdeten Wohngebieten“¹³, verdränge andere Bürger und verhindere neuen Zuzug.

Mit Fokus auf staatlich geförderten Sozialwohnungssiedlungen, die in der Nachkriegszeit massiv gebaut wurden, folgten kreative Vorschläge des zuständigen Ministeriums. Es galt, dass „größte soziale Wohnungsbauexperiment in der dänischen Geschichte“¹⁴ zu verändern, denn bereits seit den 1970er Jahren war zu beobachten gewesen, dass sich primär sozial schwache Anwohnerschaft niedergelassen hatte und einheimische Besserverdiener wegogen. Die freiwerdenden Lücken füllten sukzessive außereuropäische

⁴ Indenrigs- og Sundhedsministeriet: Ét Danmark uden parallelsamfund – Ingen ghettoer i 2030: <https://im.dk/fejlpublikationsmigtering/%C3%A9t-danmark-uden-parallelsamfund-ingen-ghettoer-i-2030>; Zugriff am 16. September 2023. Nichtamtliche Maschinenübersetzung in die deutsche Sprache mittels „DeepL“.

⁵ Aftale mellem regering (Venstre, Liberal Alliance og Det Konservative Folkeparti) og Socialdemokratiet, Dansk Folkeparti og Socialistisk Folkeparti: Initiativer på boligområdet, der modvirker parallelsamfund; www.regeringen.dk/aktuelt/tidligere-publikationer/aftale-om-initiativer-paa-boligomraadet-der-modvirker-parallelsamfund; Zugriff am 16. September 2023. Nichtamtliche Maschinenübersetzung in die deutsche Sprache mittels „DeepL“.

⁶ Tagesschau: Neue Regierung in Dänemark; www.tagesschau.de/ausland/europa/neue-regierung-daenemark-101.html; Zugriff am 16. September 2023.

⁷ LabourNet Germany: Dänemark schafft Asylrecht ab; www.labournet.de/interventionen/asyl/asylrecht/festung-eu/daenemark-schafft-asylrecht-ab; Zugriff am 16. September 2023.

⁸ Statista: Datenbasis von Eurostat: Dänemarks Anzahl der Asylbewerber; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/521868/umfrage/asylbewerber-in-daenemark/>; Zugriff am 16. September 2023.

⁹ Statista: Statistik-Report zu Flüchtlingen und Asyl: a. a. O.

¹⁰ Dänische Regierung: Ministerium für Ausländer und Integration: International Migration – Denmark. Report to OECD; 2022; S. 5.

¹¹ Dänische Regierung: Danish initiative to counteract parallel societies: „Westliche Länder sind alle 27 EU-Länder sowie das Vereinigte Königreich, Andorra, Island, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, San Marino, die Schweiz, der Vatikanstaat, Kanada, die USA, Australien und Neuseeland. Alle anderen Länder sind nicht-westliche Länder.“; a. a. O.; S. 10.

¹² Ét Danmark uden parallelsamfund – Ingen ghettoer i 2030: a. a. O., S. 4.

¹³ Ebd.: S. 6.

¹⁴ Blech-Danielsen/Stender: Radikale Neugestaltung von dänischen Großsiedlungen; in: Stadtbauwelt 236; 23. Dezember 2022; S. 53 bis 57; hier S. 53.

Migranten, von denen beispielsweise im Jahr 2021 58 Prozent¹⁵ der Männer und 66 Prozent der Frauen keiner Arbeit nachgingen.

Entsprechend gefährdete Wohngebiete müssten physisch umgebaut oder abgerissen werden können, lautete eine der Regierungsideen und weiter hieß es, dass Mietern gekündigt werden dürfe, Um- und Zuzüge weiterer Transfergeldempfänger habe man zu verbieten oder auch den Kauf von Wohneigentum einzuschränken.

Staatliche Geldmittel für Migranten sollten auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls entzogen werden. Kriminelle ausländische Staatsbürger habe man höher zu bestrafen und der Wohngebiete zu verweisen beziehungsweise eine Ansiedlung darin zu verhindern. Ferner sollten die Nachkommen der außereuropäischen Migranten früh die dänische Sprache lernen müssen. Den Sanktionsideen stellte man auch ein Anreizsystem zur Seite; so hätten zum Beispiel Gemeinden Belohnungen zu erwarten für nichtwestliche Einwanderer zwischen 25 und 64 Jahren, die sich selbst versorgten oder wenigstens teilweise aktiv am Arbeitsmarkt teilnahmen.

Ein aktuelles Dokument¹⁶ der dänischen Regierung definiert Parallelgesellschaften in Wohngebieten, wenn auf 1.000 Einwohner 50 Prozent Zuwanderer und Nachkommen aus nichtwestlichen Ländern fallen und mindestens zwei weitere von vier Kriterien erfüllt sind. Erstens „Grad der Beschäftigung“: Der Anteil der Einwohner im Alter von 18 bis 64 Jahren, die nicht erwerbstätig sind oder eine Ausbildung absolvieren, übersteigt 40 Prozent während der letzten zwei Jahre. Zweitens „Kriminalitätsrate“: Der Anteil der Einwohner, die gegen das Strafgesetzbuch, das Waffengesetz oder das Gesetz über Rauschmittel verstoßen, ist mindestens dreimal so hoch wie der nationale Durchschnitt, berechnet als Mittelwert über die letzten zwei Jahre. Drittens „Bildungsniveau“: Der Anteil der Einwohner im Alter von 30 bis 59 Jahren, die nur über einen Grundschulabschluss verfügen, übersteigt 60 Prozent. Viertens „Höhe des Einkommens“: Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Steuerpflichtigen im Alter von 15 bis 64 Jahren im Gebiet (ohne Bildungssuchende) beträgt weniger als 55 Prozent des durchschnittlichen Bruttoeinkommens der gleichen Gruppe in der Region. Mit Stand 1. Dezember 2022 listete Dänemark zehn Wohngebiete mit Parallelgesellschaften auf.

Dank entsprechender Vorbehaltsvereinbarungen („EU-Forebehold“) gelten unionsrechtliche Regelungen im Bereich des Innern und der Justiz nur eingeschränkt bzw. stehen diese unter einem besonderen nationalen Parlamentsvorbehalt, wodurch restriktivere Gesetzgebungsmaßnahmen gegenüber Staatsangehörigen aus Drittstaaten ermöglicht bleiben.

Die Bundesregierung hat insofern darauf hinzuwirken, diese rechtlichen Möglichkeiten auch für die Bundesrepublik Deutschland einzufordern, respektive besteht diesbezüglich ein grundlegender Bedarf, die Europäische Union bzw. unionsrechtliche Regelungen einer entsprechenden Reform zu unterziehen.

Richten wir den Blick auf Deutschland, können in der öffentlichen Debatte sehr vereinzelt Ansätze eines Problembewusstseins gegenüber problematischen Verhaltensweisen bei Teilen der Migrantenschaft festgestellt werden. So zum Beispiel im Kontext krimineller Clan-Strukturen¹⁷ und zugehöriger „Tumultlagen“ beziehungsweise kriminalitätsbelasteter Orte. Sogenannte Friedensrichter¹⁸ standen ebenfalls im kritischen Fokus, denn deren Urteile finden außerhalb deutscher Rechtsordnung statt. Friedensrichter deuten im Übrigen eindeutig auf Parallelgesellschaften und sogar Gegengesellschaften hin.

¹⁵ Dänische Regierung: Ministerium für Ausländer und Integration: International Migration – Denmark; a. a. O.; S. 29.

¹⁶ Dänische Regierung: Danish initiative to counteract parallel societies; a. a. O.

¹⁷ Siehe hierzu: Bund deutscher Kriminalbeamter: Clan-Angehörige leichter abschieben?; www.bdk.de/der-bdk/was-wir-tun/aktuelles/klan-angehoerige-leichter-abschieben; Zugriff am 6. Oktober 2023.

¹⁸ Siehe hierzu: Cicero: Die Paralleljustiz blüht abseits der Öffentlichkeit; www.cicero.de/innenpolitik/die-paralleljustiz-blueht-abseits-der-oeffentlichkeit/42436; Zugriff am 6. Oktober 2023.

Mit Blick auf Stadt- und Wohnungsbau fallen Berichte über „Schrottimmobilien“¹⁹ auf, aber dieser Fokus ist viel zu eng, denn die Masseneinwanderung hierzulande beschert den Deutschen und weiteren Einheimischen die unwirtliche Realität kulturfremder Überformungen der eigenen Lebensräume in einem weit umfassenderen Rahmen.

Die Instrumente der Stadtentwicklung in Bund, Ländern und Kommunen bergen zwar Möglichkeiten, die räumliche Entfaltung einzelner, kleiner oder großer außereuropäischer Gruppen in Einklang mit gewachsener Struktur und Lebensart zu bringen, werden aber nur zögerlich angewandt.

Betrachtet man beispielsweise das Baugesetzbuch, könnte in zielgerichtet migrationskritischer Auslegung das besondere Städtebaurecht dazu dienen, Missstände zu bereinigen. So dokumentiert § 171e „Maßnahmen der Sozialen Stadt“ in Absatz 2: „Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist.“²⁰ Unter Zusammensetzung lässt sich auch diejenige nach Nationalität beziehungsweise wirtschaftlicher Situation durch eine Reihe von Merkmalen – wie nach dem dänischen Muster – erfassen. Auch der prozentuale Anteil von Schülern mit ausländischer Nationalität oder eine migrantische Kriminalitätsrate kann zur Beschreibung der Problemsituation herangezogen werden. Die Zielrichtung eventueller Maßnahmen ist in Absatz 4 fokussiert: „Das Entwicklungskonzept soll insbesondere Maßnahmen enthalten, die der Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen dienen.“(ebd.). Letzteres kann insbesondere durch einen hohen Anteil von Ausländern oder Ausländern unterschiedlicher kultureller Herkunft destabilisiert werden.

Ursächlich für das Ausbleiben einer migrationskritischen Handhabung geltenden Rechtes ist zunächst der fehlende politische Wille, außereuropäische Migration nur in den engen Bahnen tatsächlichen deutschen Bedarfes an Arbeitskräften gelten zu lassen. Es fehlt ferner eine realistische Lagebeurteilung über die negativen Auswirkungen der unregelmäßig Massenmigration auf deutsche Städte. Die der Bundesregierung unterstellten Forschungsinstitute stellten diesbezüglich teils schon vor einem Jahrzehnt fest, dass es mehr als 550 Kommunen mit etwa 1.500 von Zuwanderern geprägten Wohngebieten gibt, „in denen sozialräumliche Segregation mit ökonomischen Schwächen einhergeht“²¹. Dennoch wird angesichts der seit 2015 unaufhaltsam gewachsenen Zahl außereuropäischer Migranten weiterhin darauf beharrt, Initiativen zur „Integration“ und zum „sozialen Zusammenhalt“ zu verstärken. Die Projekte bewirkten allerdings nichts und verschärfen die Zustände mitunter noch.

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) weist diesbezüglich auch im aktuellen Haushaltsentwurf²² die Fortsetzung von Förderprogrammen in Millionenhöhe aus. Zum Beispiel „Miteinander im Quartier – Förderung ressortübergreifender Maßnahmen in der sozialen Stadt; städtebaulicher Maßnahmen“, „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“, „Nationale Kofinanzierung des ESF Plus Bundesprogramms ‚Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Revier – BIWAQ‘“ oder auch „Zuweisungen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung)“, insb. mit dem Förderschwerpunkt „Sozialer Zusammenhalt“.

¹⁹ Siehe hierzu: Neue Zürcher Zeitung: 12.000 Migranten aus Bulgarien und Rumänien leben in Dortmund. Die Behörden kämpfen gegen mafiose Strukturen und Wuchermieten in Schrottimmobilien; www.nzz.ch/international/armutsmigration-aus-osteuropa-dortmunder-nordstadt-ld.1748783; Zugriff am 6. Oktober 2023.

²⁰ BMJ: Baugesetzbuch (BauGB); www.gesetze-im-internet.de/bbaug/BJNR003410960.html; Zugriff am 6. Oktober 2023.

²¹ Siehe hierzu beispielsweise: BBSR: Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration; www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmvbs/bmvbs-online/2010/ON082010.html; Zugriff am 6. Oktober 2023.

²² Bundesregierung: Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2024; BT-Drs. 20/7800

Die AfD-Bundestagsfraktion will die unregelmäßige Masseneinwanderung nach Deutschland stoppen, die Remigration massiv befördern und lediglich Migranten dulden, die helfen, das Gemeinwohl voranzubringen. Letztere sind dauerhaft zur Arbeitstätigkeit, Gesetzestreue, zu qualifizierenden Bildungsabschlüssen und selbsterwirtschaftetem Einkommen zu verpflichten. Die migrations-, stadt- und wohnungsbaupolitischen Ansätze der dänischen Regierung Frederiksen I und II können in diesem Zusammenhang wertvolle Anregungen bieten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die unter I. genannten problemverstärkenden Wohnungsbauförderprogramme sofort einzustellen und stattdessen eine strategische Wende in der Stadt- und Wohnungsbaupolitik einzuleiten, um nach dänischem Muster Parallelgesellschaften und gar Gegengesellschaften aufzulösen und die Remigration illegaler Einwanderer umzusetzen;
2. ein interdisziplinär angelegtes Forschungsprojekt zu initiieren und mit auskömmlichen Mitteln zu hinterlegen, das die Möglichkeit einer Adaption der dänischen Migrantengesetzgebung zu Parallelgesellschaften mit Fokus auf Stadt- und Wohnungsbaupolitik, insbesondere das Raumordnungsgesetz, das Baugesetzbuch, die Musterbauordnung, in hiesiges Recht untersucht;
3. ein Gesetz vorzulegen bzw. bestehende Gesetze dahingehend zu ändern, um nach dänischem Muster das Aufenthaltsrecht an Gesetzestreue, qualifizierende Bildungsabschlüsse, Arbeitstätigkeit und selbsterwirtschaftetes Einkommen zu knüpfen;
4. unverzüglich im Rahmen der Europäischen Union darauf hinzuwirken, Deutschland nach dänischem Muster unionsrechtsbezogene Vorbehaltsvereinbarungen im Bereich des Innern und der Justiz einzuräumen.

Berlin, den 20. Februar 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

